



Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft  
Bundesvorstand  
Pressestelle

Tel: +49(0)212 64 56 48 56

Fax: +49(0)212 64 56 48 57

presse@dfaug.de

www.dfaug.de

DFeuG – Friedrichstr. 50 42655 Solingen

+++Pressemitteilung+++

Solingen, 13.12.2022

## **Rettungsdienst in Gefahr – Feuerwehrgewerkschaft übergibt Petition im Bundestag**

**Bereits über 135.000 Unterschriften!**

Die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG) hat am Montag 135.000 Unterschriften an die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, die LINKEN und an die FDP im Bundestag übergeben. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat Johann Saathof (SPD) nahm die Petition stellvertretend für das Bundesinnenministerium entgegen. Mit der Petition will die Gewerkschaft auf die prekäre Situation des Rettungsdienstes in Deutschland aufmerksam machen.

Zusätzlich zur Petition wurden symbolisch 112 Kaffeeplättchen mit der Aufschrift „Solidaritätskaffee“ an die Gesprächspartner übergeben. „Vielleicht hilft der Kaffee beim Aufwachen“, sagte stellvertretende Vorsitzende der DFeuG Lars Wieg.

Der Rettungsdienst in Deutschland befindet sich in einer existenzbedrohenden Situation. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Einsätze deutlich gestiegen, während die Anpassung von Arbeitszeitmodellen und die Vergütung stagniert. Gerade durch die Coronapandemie war der Rettungsdienst in Deutschland immer im Fokus des Gesundheitssystems. Viele Kolleginnen und Kollegen verlassen schon kurz nach Ausbildungsende den Beruf. Die Folge ist ein massiver Personalmangel, der die Versorgung von Notfallpatienten gefährdet. "Wir fordern die Politik auf, die Situation des Rettungsdienstes endlich ernst zu nehmen und zu handeln. Es ist bereits fünf nach 12. Wir schätzen, dass in Deutschland rund 5.000 - 10.000 Kolleginnen und Kollegen fehlen!", sagte DFeuG-Vorsitzender Siegfried Maier. "Der Rettungsdienst ist der erste Schritt einer funktionierenden Rettungskette, wenn nicht schnell gehandelt wird, wird es Menschenleben kosten."

Die Petition "Rettet den Rettungsdienst" wurde innerhalb weniger Wochen von mehr als 135.000 Menschen unterzeichnet. Damit ist sie eine der erfolgreichsten Petitionen im Bereich Rettungsdienst, die jemals in Deutschland gestartet wurde. Es zeigt nicht nur im Rettungsdienst wird die Not gesehen, auch viele andere Menschen haben schon gemerkt, dass hier gehandelt werden muss. Jetzt ist die Politik gefordert, sie muss, nachdem sie aufgewacht ist, schnell handeln.





**Bilderbeschreibung (v.l.n.r.):**

Bild 1: Lars Wieg (stv. Bundesvorsitzender DFeuG), Ingo Schäfer (SPD), Staatssekretär Johann Saathof (SPD), Siegfried Maier (Vorsitzender DFeuG)

Bild 2: Exemplarische Kaffeepäckchen. Lars Wieg (stv. Bundesvorsitzender DFeuG), Siegfried Maier (Vorsitzender DFeuG)

[www.rettet-den-rettungsdienst.de](http://www.rettet-den-rettungsdienst.de) im Internet

[www.facebook.com/RettungsdienstRetten](https://www.facebook.com/RettungsdienstRetten) auf Facebook

[www.instagram.com/rettet\\_den\\_rettungsdienst](https://www.instagram.com/rettet_den_rettungsdienst) auf Instagram

Die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft finden Sie unter [www.dfeug.de](http://www.dfeug.de) im Internet.





## UNSERE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

### 1. RECHTSICHERHEIT FÜR EINSATZKRÄFTE

- Mitarbeitende in den Leitstellen stellen die Weichen für die Bearbeitung der Hilfeersuchen der Anrufenden. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen rechtssichere Handlungsmöglichkeiten, um die Hilfeersuchen bedarfsorientiert zu steuern.
- Rettungsfachpersonal wie Notfallsanitäter\*innen sind hoch spezialisierte medizinische Fachkräfte. Ihre Behandlungsalgorithmen orientieren sich an aktuellen Ständen der Wissenschaft und Forschung. Standesdebatten über einzelne Maßnahmen sind hier wenig sinnvoll. Sie brauchen die Rückendeckung des Gesetzgebers für die lebensrettende Arbeit an den Patient\*innen.
- Das Sozialgesetzbuch sieht den Rettungsdienst auch im Jahr 2022 immer noch als Transportdienstleistung, welche in einem Krankenhaus endet. Das sorgt für Überlastung an nachgeordneten Stellen. Hier müssen sich die Gesetze den geänderten Bedürfnissen anpassen und die Durchführenden im Rettungsdienst brauchen die Finanzierung von alternativen zum Transport ins Krankenhaus.

### 2. ANPASSUNG DER ARBEITSZEITMODELLE AN AKTUELLE BEDÜRFNISSE UND BELASTUNGEN

- Die Arbeit im Rettungsdienst ist, nach wie vor, flächendeckend auf „faktorierte Bereitschaftszeiten“ ausgelegt. Diese müssen durch die Arbeitgeber nicht nachgewiesen werden. Einsatzfreie Zeiten werden als „nicht-Arbeit“ angenommen. Das entspricht meist nicht mehr den Realitäten und ist nie angefasst worden. Ein Hauptkritikpunkt der Kolleginnen und Kollegen im Einsatzdienst.
- Wochenarbeitszeiten von 48 Stunden oder Mehr sind keine Ausnahme, sondern eher die Regel. Die Formulierung „bis zu...“ wird durch Kostenträger als Argument angesehen, die Arbeitszeiten regelhaft auszuweiten. Das machen die Mitarbeitenden nicht mit – Personalnotstand weitet sich aus.

### 3. ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN SCHAFFEN

- Die Arbeit im Einsatzdienst ist körperlich und psychisch belastend. Mitarbeitenden muss auch die Perspektive gegeben werden, das Rentenalter zu erreichen. Für Mitarbeitende im Einsatzdienst, egal ob Feuerwehr, Rettungsdienst oder Leitstelle, muss ein Höchstalter von 60 Jahren gelten. Unabhängig davon, ob verbeamtet oder tariflich beschäftigt.
- Damit die Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitsfähigkeit erhalten können müssen Erholungs-/Präventivkuren angeboten und ausgebaut werden. Auch Supervisionsangebote müssen geschaffen werden. Positive Beispiele gibt es schon.
- Die Karriereleiter im Rettungsdienst ist schnell zu Ende. Hier müssen Motivatoren wie Laufbahnverläufe und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir verlieren sonst gut ausgebildetes und erfahrenes Personal in andere Branchen und verlieren die Möglichkeit qualitativ gut auszubilden.





#### 4. SCHNITTSTELLENPROBLEME ANGEHEN UND ABSCHAFFEN

- Die Leitstellen sind bundesweit die Netzwerknotenpunkte und erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger sowie die angeschlossenen Systeme und Leistungserbringer. Dennoch gibt es keine Bundeseinheitlichen Standards oder Kooperationen oberhalb der Kreisebenen. Hier besteht viel Verbesserungspotential, gerade zu den Organisationen wie dem Kassenärztlichen Bereitschaftsdienst oder Länderübergreifenden Organisationen.

#### 5. SELBSTHILFEFÄHIGKEIT DER BEVÖLKERUNG WIEDER STÄRKEN

- Die Bevölkerung ist in medizinischen Fragen oft überfordert. Das führt zu der Annahme, dass „der Bürger“ sich nicht zu helfen weis. Diesem Problem kann durch gezielte Aufklärung und Information, im Kindergarten beginnend, begegnet werden. In vergangenen Zeiten wurde viel Arbeit in die zivile Verteidigung gesteckt, die die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stärken sollte. Mit neuen Ideen und neuen Medien kann dieses Konzept schnell wieder Früchte tragen. Wir brauchen unkomplizierte und barrierearme Wissenstransfers in die Allgemeinheit.

#### 6. AUFKLÄRUNG VON VERSORGUNGSSTRUKTUREN

- Neuen Herausforderungen wird oft mit alten Lösungen begegnet. Die Gesellschaft verändert sich, also sollte das Schutzkonzept sich anpassen. Vorbeugender Rettungsdienst kann hier ein Thema sein, ambulante Konzepte wie Gemeindenotfallsanitäter oder Gutachten, die die Zukunft betrachten und nicht die Vergangenheit. Die Forschung im Themenfeld Rettungsdienst muss gestärkt werden und Konzepte, die sich anderswo bewährt haben, sollten auch endlich umgesetzt werden, anstatt sie nur zu diskutieren.

#### 7. DAS GESUNDHEITSSYSTEM ALS GANZES BETRACHTEN

- Es wird im Gesundheitssystem, bei dem der Rettungsdienst nur ein Rad im Getriebe ist, keine Verbesserungen geben, wenn nicht das Gesamte betrachtet wird. Ohne Stärkung der ambulanten Versorgung vor Ort wird es keine Entlastung im Rettungsdienst geben. Ohne Entlastung im Rettungsdienst wird es in den Notaufnahmen keine Entlastung geben. Und ohne Entlastung in den Notaufnahmen werden weiter Patientengruppen mit anbehandelten Problemen zurück in die Häuslichkeit oder außerklinische Pflege entlassen, wo sie wieder auf einen Fachkräftemangel stoßen. Dieser Mangel wird das Rad von neuem drehen...

#### 8. ABKEHR VON GEWINNORIENTIERUNG IN DER NOTFALLVERSORGUNG

- Die Notfallversorgung der Bürgerinnen und Bürger ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, eine hoheitliche Aufgabe des Staates. Öffentliche Sicherheit und Ordnung lässt sich nicht an wirtschaftlichen Faktoren messen, denn der beste Notfall ist der, der gar nicht erst passiert. Durch Haushaltsplanung und Kosten-Leistungs-Nachweise ist der unnötigen Ausgabe von Fremdmitteln bereits begegnet. Gewinnerzielungsabsichten führen in diesem System aber immer zu Missständen, die den Bürgerinnen und Bürgern – den letztendlichen Kostenträgern – schaden. Überlastetes Personal gibt keine Sicherheit, überlastete Systeme haben keine Reserven.

